

STAND PUNKT

Christlich-politische
Monatszeitschrift

September 2022

MÄRSCH
FÜRS LÄBE



PRO LIFE: Lebensrechts- Bewegung, erstarke!



DURCH BUSSE ZUR ERWECKUNG

Initiative zum Eidgenössischen Dank-,
Buss- und Bettag.

Seite 5

AKTUELLES ZU ISRAEL

Ifat Reshef, Botschafterin Israels in
der Schweiz, im «Standpunkt»-
Interview.

Seiten 8 bis 10

KANTON BERN

EDU nominiert neue Laienrichter und
beschliesst Nein-Parole zum
Stimmrechtsalter 16

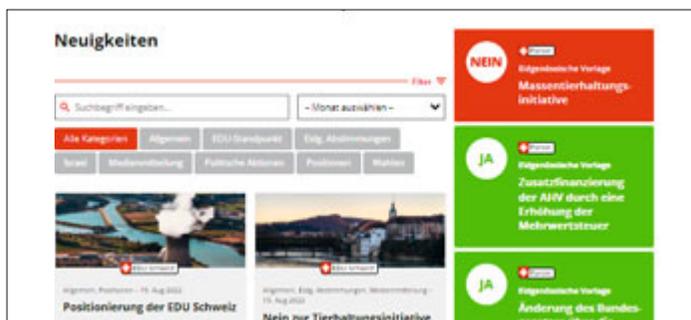
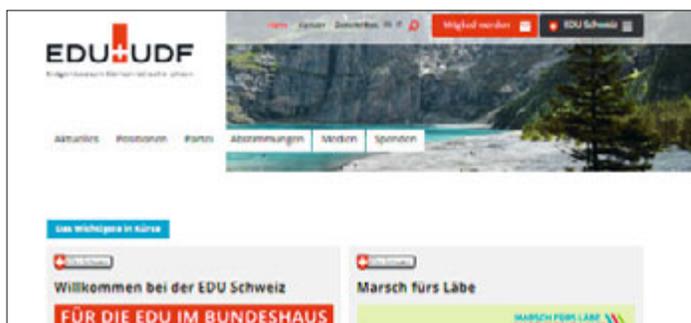
KANTONALTEIL

Neue Website der EDU Schweiz

Die Website der EDU kommt in einem neuen Kleid daher. Die neue Website soll übersichtlich sein und wichtige Informationen schnell zugänglich machen. Das Farbkonzept ist dem «Standpunkt» angelehnt und will ein positives Image vermitteln.

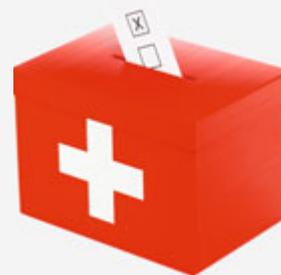
Entdecken Sie die neue Website auf:

www.edu-schweiz.ch



Eidg. Volksabstimmungen vom 25. September 2022

Parolen der EDU Schweiz



NEIN	Massentierhaltungsinitiative
JA	Zusatzfinanzierung der AHV durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer
JA	Änderung des Bundesgesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV 21)
JA	Änderung des Bundesgesetzes über die Verrechnungssteuer

Lesen Sie die ergänzenden Ausführungen auf www.edu-schweiz.ch

- 3 24 Stunden für ein Leben
- 4 Kernkraft hat Zukunft
- 6 Antirassismus wird zu Rassismus
- 7 Nein zur Tierhaltungsinitiative
- 11 Kolumne: Das Podest
- 12 Ja zur AHV-Reform 21
- 13 Ja zur Reform der Verrechnungssteuer
- 14 EDU-Internas: Anpacken statt reden
- 15 Kurzmeldungen
- 16 Pagina Ticinese: Emergenza climatica
- 17 Politik Inland: Offener Brief
- 18 Serviceseite: Angebote und Termine

Wort des Monats

«LINKE CANCELN ANDERE LINKE WEGEN IHRER FRISUR. SCHEINT, ALS FRASSE DIE WOKE-BEWEGUNG GRAD IHRE EIGENEN KINDER.»

Ein Twitter-Nutzer kommentiert die Posen um «kulturelle Aneignung» treffend.

www.edu-schweiz.ch

Den Durchblick behalten



Liebe Leserinnen und Leser

Viele von uns haben es schon lange nicht mehr oder noch gar nie erlebt: Existenzielle Sorgen und Ängste breiten sich im Schweizer Volk aus. Gehen uns im Winter wegen der Stromknappheit die Lichter aus? Müssen wir bald wegen Lieferengpässen frieren? Wird die Lebensmittelversorgung stabil bleiben?

Der Präsident der Elektrizitätskommission schwört die Bevölkerung auf einen harten Winter ein und empfiehlt ihr, sich mit Kerzen und Holz einzudecken. Wer hätte ein solches Armutszeugnis in einem wohlhabenden Land wie der Schweiz je für möglich gehalten? Wir müssen uns wohl selbstkritisch hinterfragen, ob wir uns zu lange unbesorgt in scheinbar grenzenlosem Wohlstand gesontt haben und es uns dabei nicht besonders interessiert hat, wer eigentlich an so manchen Schalthebeln der Macht sitzt. Betrachten wir es positiv: Vielleicht sind solche Meldungen für den einen oder anderen der längst benötigte «Wake Up-Call».

Einmal mehr bewahrheitet sich, dass die Macht der Menschen vergänglich ist. Grenzenlos vertrauen können wir aber unserem Schöpfer, der uns alle Mittel zur Verfügung stellt, um uns selber zu helfen. Mit Gottvertrauen widerstehen wir auch dem «Woke»- und Transgender-Wahn, der die natürliche Geschlechterordnung auf den Kopf stellt und die Menschen durch verfälschte Opferstilisierung immer unversöhnlicher gegeneinander aufhetzt. Herr, gib uns die Kraft, uns auch in Zukunft weiter «ins Wetter hinaus» zu stellen und in den Wirrungen dieser Zeit den Durchblick zu behalten.

Anian Liebrand, Redaktion Standpunkt

24 Stunden für ein Leben

Marsch fürs Läbe

Samstag, 17. September 2022

Marktplatz Zürich-Oerlikon

Der Lebensschutz hat in der öffentlichen Wahrnehmung wieder an Bedeutung gewonnen. Die Aufhebung des fast fünfzig Jahre alten Grundsatzurteils «Roe v. Wade» in den USA, das die Bundesstaaten bis anhin zwang, ein Recht auf Abtreibung einzuräumen, macht Lebensschützern weltweit Hoffnung. Bei uns in der Schweiz sorgen zudem die zwei Volksinitiativen «Einmal-darüber-schlafen» und «Lebensfähige-Babys-retten» für frischen Wind.

Gute Vorzeichen also für den «Marsch fürs Läbe», der heuer am Samstag, 17. September 2022 in Oerlikon stattfinden wird! Der diesjährige Marsch steht unter dem Motto «24 Stunden für ein Leben». Der Anlass will Frauen und Männer aufrufen: Denk nochmal nach, bevor du einen solch folgenschweren Schritt wie eine Abtreibung einleitest!

Die EDU Schweiz ist seit vielen Jahren in der Trägerschaft des Marschs fürs Läbe präsent. Wir können Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, nur ans Herz legen, diese wichtige Veranstaltung zu unterstützen: mit Ihrem Besuch vor Ort und im Gebet.

Programm

- Ab 13.30 Uhr Eintreffen beim Marktplatz Zürich-Oerlikon
Gemeinschaft, Infostände, Bastelstand für Kinder
- 14.30 Uhr Kundgebung mit Bekenntnismarsch
Mit Berichten und Statements: Von NR Yvette Estermann (SVP), Weihbischof em. Marian Eleganti und weiteren
- 17.00 Uhr Ende der Veranstaltung

Gemeinschaft, Infotische, Musik: Bernarda Brunović
(Halbfinalistin «The Voice of Germany»)



www.marschfuerslaebe.ch

Kernkraft hat Zukunft

Die Angst vor Stromknappheit und Versorgungsengpässen steht auf der Sorgenliste der Schweizerinnen und Schweizer ganz weit oben. Die EDU nimmt diese Befürchtungen ernst und misst ihnen eine wachsende Bedeutung bei. Im Rahmen mehrerer Strategietagungen haben sich Mandatsträger, sowie Vertreter des Bundesvorstands und der Geschäftsleitung der EDU Schweiz intensiv mit einer aktuellen Positionierung zur Kernkraft und zur Energiestrategie 2050 auseinandergesetzt. Die Delegiertenversammlung hat am 13. August 2022 ein Positionspapier verabschiedet, das wir hier auszugsweise wiedergeben.

Anian Liebrand, politischer Mitarbeiter EDU Schweiz

2017 stimmte die Schweizer Stimmbevölkerung dem Massnahmenpaket «Energiestrategie 2050» zu. Dieses sieht unter anderem einen Ausstieg aus der Kernenergie und die verstärkte Förderung sogenannt «erneuerbarer Energien» vor. Dieser Volksentscheid widerspiegelt die seit 2019 auch an Wahlen spürbare «Grüne Welle», die weite Teile des Soveräns mitgerissen hat.

Drohender Energie-Blackout

Im Zuge der erhöhten Gefahr eines Energie-Blackouts und öffentlich diskutierter Warnungen vor Stromknappheit hat seit dem Winter 2021/2022 bei vielen Bürgerinnen und Bürgern erneut ein Umdenken stattgefunden. Gelebtes Umweltbewusstsein geniesst zwar nach wie vor einen hohen Stellenwert. Die Versorgungssicherheit und das Bedürfnis nach bezahlbarer Energie sind allerdings wieder wichtiger geworden. Für diese Trendwende – hin zu mehr Pragmatismus – steht exemplarisch die Ablehnung des CO₂-Gesetzes an der Urne vom 13. Juni 2021.

Kernkraft: Weiterhin wichtig

War der Bau neuer Kernkraftwerke (KKW) zu den Blütezeiten des «Grünen Hypes» noch ein absolutes No-Go, haben bürgerliche Parteien und Wirtschaftsvertreter angesichts der neuen Ausgangslage

einen Kurswechsel vollzogen. Die im Aktionsprogramm 2019-2023 formulierte Haltung der EDU Schweiz zur Kernkraft bleibt somit aktuell: *«Der Bau von neuen Kernenergiekraftwerken ist in der Schweiz zurzeit politisch nicht machbar. Wollen wir unseren Wohlstand, der massgeblich auf der Verfügbarkeit von (günstiger) Energie und Strom beruht, nicht aufs Spiel setzen, kann auf die Nutzung von Kernenergie zumindest mittelfristig nicht verzichtet werden. Es besteht die berechtigte Hoffnung, dass neue Kernkraftwerks-Generationen bezüglich Sicherheit, Entsorgung von radioaktiven Abfällen und Verfügbarkeit von Brennstoffen entscheidende Verbesserungen bringen.»*

CO₂-arme Energie

Eine sachliche und ideologiefreie Beurteilung der Kernenergie setzt die Anerkennung voraus, dass diese Art der Energienutzung «grün» und CO₂-arm ist – wenngleich die Endlagerung radioaktiver Abfälle noch immer ungelöst ist. Da die Kernenergie nach wie vor einen wichtigen Beitrag für eine stabile Energieversorgung leistet und mittelfristig absehbare Alternativen wie Gas-Kombi-Kraftwerke weder umweltfreundlich sind noch die Energie-Unabhängigkeit des Landes stärken, sollen die in der Schweiz bestehenden KKW weiterbetrieben werden, solange sie sicher sind. Der Krieg in der Ukraine hat uns schmerzlichst vor Augen geführt, dass die Abhängigkeit von Gas- und Öllieferungen die Handlungsfreiheit westlicher Staaten spürbar einschränken kann.

Unabhängigkeit erlangen

Die EDU wehrt sich dagegen, Solar- und Windenergie gegen die Kernenergie oder die Wasserkraft auszuspielen. Wir streben eine Differenzierung des Energieträger-Portfolios an, die sich an den Bedürfnissen der Wirtschaft und der Umwelt orientiert. Die obersten Ziele sind die Erhaltung der Versorgungssicherheit und der Ausbau der energiepolitischen Unabhängigkeit. ●

➔ [Gesamtes Positionspapier herunterladen: www.edu-schweiz.ch](http://www.edu-schweiz.ch)



Eidg. Dank-, Buss- und Betttag: Durch Busse zur Erweckung

Keine Erweckung ohne Busse: Christen in Verantwortung motivieren das Volk Gottes in der Schweiz, sich zum Eidgenössischen Dank-, Buss- und Betttag am Nachmittag des 18. Septembers 2022 zu versammeln.

Mediendienst EDU Schweiz

Die Treffen können stattfinden, wo immer es die Gläubigen auf dem Herzen haben (in Kirchen, Gemeinden, auf Plätzen, Bergen etc.). Wie lange eine Veranstaltung am Nachmittag dauert, kann jeder selbst entscheiden. Aber in der «Neunten Stunde», also von **15 bis 16 Uhr**, möchten wir im ganzen Land, durch den Heiligen Geist und per Livestream miteinander verbunden, gemeinsam vor unseren Gott kommen!

Eine Übersicht über bereits bekannte Veranstaltungen, die zur neunten Stunde stattfinden, finden Sie auf der Website: www.dankbussbetttag2022.ch

Christen sensibilisieren

Der Verein Abraham informiert in einem Newsletter über die Beweggründe dieser Initiative: «Die Christen im Land sollen von dem Wirken Gottes erfahren. Was sie mit diesen Informationen machen, ist dann ihre Verantwortung. Sie müssen aber die Möglichkeit haben, davon zu hören. Deshalb freuen wir uns über jede Türe, die in diesen Bereich aufgeht. Unsere Freunde vom Adler-Dienst produzieren eine vierteilige Videoserie mit Botschaften von vier Leitern, die alle einen Bezug haben zur Bussversammlungs-Initiative. Der Link zum ersten Video findet sich auf www.verein-abraham.ch unter dem Titel «Bussveranstaltung».

«Und dann mein Volk, über dem mein Name ausgerufen worden ist, demütigt sich, und sie beten und suchen mein Angesicht und kehren um von ihren bösen Wegen, so will ich es vom Himmel her hören und ihre Sünden vergeben und ihr Land heilen.»
(2. Chr 7,14)

«Denn die gottgewollte Betrübnis bewirkt eine Busse zum Heil.» (2. Kor 7,10)

☞ Kontakt-Telefon: 052 741 52 33
☞ Kontakt per E-Mail:
kontakt@dankbussbetttag2022.ch

Gedanken zum Eidgenössischen Dank-, Buss- und Betttag Seit 1832 am 3. Sonntag im September

Der Betttag ist ein Besonderer Tag von grosser Bedeutung. Wir tun Busse über Schiefgelaufenes, wir Beten um Frieden und Weisheit, wir danken für Bewahrung und Schutz. Einen Bund haben unsere Vorfahren geschlossen, ein Bündnis auch mit Gott. Die Bundesverfassung bezeugt das. Das Beste an der westlichen Kultur sind die Biblischen Werte. Sie brachten Struktur, Bewahrung, Wohlstand, Frieden, Freiheit. Beten wir wieder! Beten wir weiter! Nicht nur am Betttag! Es lohnt sich, denn Gott ist der beste Berater und Begleiter für unser Volk, für jeden einzelnen Bewohner unserer schönen Schweiz.

Leni Furrer



Antirassismus wird zu Rassismus

Der proklamierte Schutz benachteiligter Minderheiten rechtfertigt nach deren Vertretern Pranger, Zensur und Benachteiligung bis hin zu Übergriffen. Als hätten wir keine wirklichen Probleme. Das Beispiel einer Konzertabsage in Bern ist ein neuer trauriger Höhepunkt in unserem Land.

Lisa Leisi, Präsidentin EDU Kanton St. Gallen



Was war geschehen?

An einem Konzert in der Stadt Bern hatte die kurzfristig eingesprungene Band «Lauwarm» die Musikrichtung Reggae gespielt, wobei zwei weisse Bandmitglieder Rastalocken und afrikanische Kleidung getragen hatten. Nachdem sich mehrere Personen befremdet über diese «kulturelle Aneignung» geäussert hätten, beschloss die Veranstalterin in Absprache mit der Band, das Konzert nach der Pause abbrechen. Unter «kultureller Aneignung» wird die unbewusste oder beabsichtigte, unangemessene Übernahme eines Elements einer Kultur durch Angehörige anderer Kulturen verstanden. Dabei sei dies vor allem ein Problem, wenn Menschen aus dominanten Kulturen Elemente von Minderheitskulturen übernehmen. Der Fall schlug hohe Wellen. Dabei hatte die Mehrheit des Publikums kein Verständnis für den Abbruch. Eine von der Veranstalterin geplante Diskussionsrunde zum umstrittenen Konzertabbruch musste wegen Drohungen abgesagt werden.

«Bist du nicht willig, gebrauch ich ...»

Es darf also nicht einmal mehr das Für und Wider einer Sache diskutiert werden. Unwohlsein oder verletzte Gefühle – aber nur, was gewollt ist – sollen bestimmen, wer was sagen oder machen kann. Viel weniger empfindlich, ja schon eher skrupellos, geben sich die gleichen Leute, wenn es darum geht, Missliebiges zu verhindern.

Gerade hatte zudem ein anonymer Drohbrief dazu geführt, dass der Gemeinderat in Spreitenbach die 1. Augustrede von Roger Köppel absagte. Er wäre bereit gewesen, trotzdem zu sprechen. In einem Artikel vom

September 2018 in der NZZ wurde bereits beschrieben, wie die Brown University in Providence in Rhode Island (USA) in die Zwickmühle zwischen Transgenderprotesten und Zensurvorfürfen geriet. Die dortige Assistenzprofessorin für Angewandte Verhaltensforschung und Sozialwissenschaften, Lisa Littman, kam zum Schluss, die plötzliche geschlechtliche Umorientierung zum Transmann während der Pubertät könnte auch eine Folge von sozialen Interaktionen mit Freunden und Bekannten der Trans-Community sein. Der Protest gegen diese Studie bewog die Brown University dazu, die Hinweise und Links auf die Studie von ihrer Website zu löschen.

Am 19. Juni 2021 erschien in der NZZ der Artikel «Das LGBTQ-Versprechen». Dabei wurde versichert, dass Arbeitnehmer von den Firmen allein nach ihrer Qualifikation beurteilt werden, aber niemals die Arbeit danach bewertet würde, wer jemand sei oder wen er liebe. Es folgten die Unterschriften von führenden Vertretern bekannter Firmen wie Allianz, ABB, Microsoft, Novartis, Google, Swiss Re, Swisscom, UBS, Zürcher Kantonalbank, Syngenta Group und weiteren. Die «richtige» Positionierung – auch in Bezug auf Klima und familiäre Werte – wird zum A und O bis hin zur Existenzsicherung.

Stärke der einen – die Schwäche der anderen

Akteure und Aktivisten bemächtigen sich zunehmend der Deutungshoheit über das soziale, politische, erzieherische, religiöse und das familiäre Leben. Es ist perfid: Wer wird schon gerne an den Pranger gestellt und zur Persona non grata degradiert? Und doch braucht es Widerstand, die Verteidigung der christlichen Werte sowie der Meinungs- und Informationsfreiheit dringender denn je! ●

Nein zur Tierhaltungsinitiative

Die Massentierhaltungsinitiative ist ein radikaler Angriff auf die Schweizerische Landwirtschaft. Sie fordert, dass der Bund die Würde der Tiere in der landwirtschaftlichen Tierhaltung schützt. Diese «Würde» wird allerdings nicht definiert – dafür sieht die Initiative gewaltige Regulierungen vor.



Andreas Gafner, Nationalrat EDU BE

Schweiz als Tierschutz-Spitzenreiter

In der Schweiz sind die Höchsttierbestände in der Fleisch- und Eierproduktion per Verordnung geregelt. Die Platzansprüche sind pro Tier festgelegt und bei einer Überbelegung gibt es Sanktionen. Sanktionen, die finanziell weh tun! Zu meiner Interpellation «Schweizer Tierschutz im internationalen Vergleich» schreibt der Bundesrat in seiner Antwort klar, in der Schweiz werde deutlich mehr für die tierschutzrelevanten Bereiche geregelt als in den angrenzenden Ländern. Betreffend «ausreichendes Platzangebot» schreibt der Bundesrat, dass im Gegensatz zur Schweiz in der EU detaillierte Richtlinien zur Haltung von Milch- und Mastvieh, Schafen, Ziegen und Pferden sowie von Geflügelarten weitgehend fehlen.

In Sachen Tierschutz sind wir in der Schweiz auf gutem Weg. Aus meiner mehr als 20-jährigen Erfahrung als Tierschutz-Kontrollleur weiss ich, dass das Tierwohl nicht mit der Anzahl gehaltener Tiere auf einem Betrieb im Zusammenhang steht, sondern viel mehr mit der Infrastruktur, dem Betriebsmanagement und der Eignung des Betriebsleiters. In den letzten Jahren sind baulich enorme Fortschritte gemacht worden. Das Platzangebot wurde erweitert, der Luftzirkulation und dem Licht wurde mehr Beachtung geschenkt.

Versorgungssicherheit in Gefahr

Die Auswirkungen der Initiative auf die Landwirtschaft und die Versorgungssicherheit in der Schweiz wären fatal. Zwar gaukeln uns die Befürworter vor, es wären nur ganz wenige Grossbetriebe betroffen. Dies stimmt jedoch nicht, denn sie würde auch die allermeisten Anbindeställe für Rindvieh tangieren. Hier wären vor allem kleinere Betriebe mit wenig Tieren betroffen.

Mit den bestehenden Labels geniesst das Tierwohl bereits einen hohen Stellenwert. Leider hat man aber feststellen müssen, dass der den Landwirten damit entstehende Mehraufwand nur ungerne vom Konsumenten über den gerechtfertigten höheren Preis abgegolten wird. Nun die ganze Produktion auf Bio-Standard umzustellen – wie dies die Initiative de facto anstrebt –, würde die Inlandproduktion erheblich schwächen und zu massiv höheren Importen führen. Betriebe, die sich neu ausgerichtet und investiert

haben, würden mit der Annahme dieser extremen Forderungen schwer zurückgeworfen.

Wirtschaftlicher Schaden

Dazu kommt die raumplanerische Komponente: zahlreiche Hallen, z.B. für Poulet-Mast, sind auf die geltenden Höchstbestände hin geplant und gebaut worden. Es ist doch absurd, in einer auf 18'000 Poulets ausgerichteten Halle nur noch 2'000 und in der Ausmastphase nur noch 500 Stück zu halten. Der Platzverschleiss wäre immens und um unsere Bevölkerung weiterhin mit qualitativ hochstehenden Lebensmitteln aus Schweizer Produktion zu versorgen, müssten unzählige kleinere oder mobile Ställe erstellt werden. Zudem muss man sich bewusst sein, dass wenn jemand in eine Masthalle nach geltendem Recht investiert hat, man nicht so einfach auf eine x-fach tiefere Produktion umstellen kann, ohne wirtschaftlich grossen Schaden zu erleiden. Schweine- und Poulet-Mast, sowie die Eierproduktion werden dadurch in der Schweiz in Frage gestellt.

Mehr Lebensmittelimporte

Die extreme Tierhaltungsinitiative würde uns noch stärker von Lebensmittelimporten abhängig machen. Das heimliche Ziel der Initianten ist wohl, den Fleischkonsum in der Schweiz drastisch zu senken. Schenken wir unseren Bauernfamilien das Vertrauen, das sie brauchen und verdienen, um täglich vollen Einsatz in ihren Betrieben zu geben und stimmen sie NEIN zu dieser unnötigen Initiative. ●





«Die Hoffnung soll uns weiterhin vereinen und leiten»

Als Nachfolgerin von Jacob Keidar ist Frau Ifat Reshef seit August 2021 Botschafterin des Staates Israel in der Schweiz. Wie schätzt die Israelische Botschafterin die aktuelle Situation in Israel, im Nahen Osten und in der Welt im Allgemeinen ein?

Das Interview: Thomas Feuz und Eveline Rytz

Frau Botschafterin Reshef, wie haben Sie sich an Ihrem neuen Arbeitsort eingelebt?

Botschafterin Ifat Reshef: Ich bin fast am Ende meines ersten Jahres in der Schweiz angelangt. Es war eine faszinierende Reise, auf der ich so viel über dieses wunderschöne Land mit seinem vielfältigen kulturellen Reichtum und über sein einzigartiges politisches System erfahren habe. Die Herausforderungen aufgrund der Corona-Pandemie und des Krieges in der Ukraine haben es uns allen nicht leicht gemacht, aber meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und ich setzen alles daran, die bereits sehr guten bilateralen Beziehungen zwischen Israel und der Schweiz weiter zu stärken und zu bereichern.

Sie waren zuvor in Ägypten und in den Vereinigten Staaten tätig. Welche Eindrücke prägen Sie aus dieser Zeit?

Als Diplomaten haben wir das Privileg, an historischen Ereignissen und wichtigen Besuchen teilzunehmen und diese mitzuerleben, ebenso an Prozessen, die einen wichtigen Beitrag für unser Volk und unser Land leisten. In Ägypten hatte ich das Glück, meinen kleinen Teil zu den ständigen Bemühungen um die Friedenskonsolidierung mit unseren arabischen Nachbarn beitragen zu können. In Washington DC genoss ich den Austausch mit einigen der besten Experten für den Nahen Osten und half mit, die starke Freundschaft und Partnerschaft mit unserem wichtigsten Verbündeten zu erhalten. Es wa-

ren nicht immer einfache Zeiten, aber es ist auch ein wichtiger Teil der Arbeit eines Diplomaten, den Standpunkt seines Landes zu erklären und zu versuchen, Gräben zwischen Freunden zu überbrücken.

Die Schweiz befindet sich im Umbruch, wie viele andere Länder auch. Mit Sorge beobachten wir den zunehmenden Antisemitismus auch in unserem Land. Wie lautet Ihre Einschätzung?

Die Zunahme des Antisemitismus auf der ganzen Welt ist für den Staat Israel ein Anlass zur Sorge. Wir glauben, dass die Länder zusammenarbeiten müssen, um sicherzustellen, dass die Lehren aus dem Holocaust – der Shoah – niemals vergessen werden. Insbesondere sollten junge Menschen überall in der Lage sein zu verstehen, welche schrecklichen Gräueltaten aus Rassismus und Antisemitismus entstehen können. Am Anfang dieses Jahres hat die UNO eine wichtige Resolution verabschiedet, die den Ländern die notwendigen Instrumente in die Hand geben soll, um die Leugnung oder Verfälschung des Holocausts zu bekämpfen, die Teil des modernen Antisemitismus sind. Die Schweiz gehörte zu den zahlreichen Ländern, die diese Resolution unterstützten und mitunterzeichneten. Als Botschafterin in der Schweiz freue ich mich auf die Fortsetzung des wichtigen Dialogs mit den Schweizer Behörden. Ich glaube, dass wir alle gemeinsam die Verantwortung und das Ziel haben,

nach Wegen zu suchen, um die Anzahl antisemitischer Äusserungen zu reduzieren, die in der Presse, den sozialen Medien oder auf der Strasse auftauchen.

In der Schweiz mussten zum Beispiel die Sicherheitsvorkehrungen rund um die Synagogen massiv ausgebaut werden. Macht Ihnen das Sorgen?

Die Sicherheit der jüdischen Gemeinden überall ist uns in Israel natürlich ein wichtiges Anliegen. Ich war erfreut über das wachsende Engagement der Schweizer Behörden für die Sicherheit der jüdischen Gemeinden und Einrichtungen hierzulande. Dies ist sowohl auf Bundes-, Kantons-, wie auch auf lokaler Ebene festzustellen.

Im März trafen sich Vertreter der Vereinigten Staaten, Ägyptens, Bahrains, Marokkos und der Vereinigten Arabischen Emirate (VAE), um eine Allianz gegen den gemeinsamen Feind Iran zu schmieden. Auch Saudi-Arabien will sich beteiligen. Kann die US-Regierung vor diesem Hintergrund von einem neuen Atomabkommen mit dem Iran abgehalten werden?

Zunächst möchte ich auf die historischen Veränderungen in unserer Region hinweisen, die dieses neue regionale Forum widerspiegelt. Ich glaube, dass das Abraham-Abkommen und die Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen zwischen Israel und den Vereinigten Arabischen Emiraten, dem Königreich Bahrain und dem Königreich Marokko einen fundamentalen Wandel mit sich brachten, der die gesamte Region erfasst und die Stellung Israels völlig verändert. Es ermutigt andere Länder – unabhängig davon, ob sie bereits offizielle Beziehungen zu Israel aufgenommen haben oder noch nicht dazu bereit sind –, auf eine Weise mit uns zusammenzuarbeiten, die noch vor wenigen Jahren unvorstellbar war. Aber es geht nicht nur darum, gemeinsamen Bedrohungen zu begegnen. Es geht auch darum, eine bessere Zukunft für unsere Kinder zu sichern, indem wir in verschiedenen Bereichen der Innovation zusammenarbeiten, um beispielsweise gemeinsame Probleme wie Klimawandel, Dürre, Energie und Ernährungssicherheit besser zu bewältigen.

Was die Atomverhandlungen angeht, so hat Israel deutlich gemacht, dass wir nicht gegen ein neues Abkommen mit dem Iran sind, aber es muss ein starkes und gutes Abkommen sein, das eine echte Lösung für die Bedrohung bietet, die der Iran weiterhin für die Sicherheit und Stabilität unserer Region und der Welt darstellt.

Stehen die verschiedenen Terroranschläge, die in den letzten Monaten von «einsamen Wölfen» verübt wurden, im Zusammenhang mit der erwähnten Allianz? Fühlen sich die Palästinenser deswegen im Stich gelassen?

Meiner Ansicht nach ist die jüngste Serie von Terroranschlägen gegen israelische Bürger und die bösartige Aufstachelung zu dieser Gewalt eindeutig ein Versuch der Extremisten in unserer Region, wie der Hamas-Führung in Gaza, dieser neuen Ära des Friedens und der Normalisierung ein Ende zu setzen. Die Hamas und ihresgleichen wollen uns zurück zum Hass und den Konflikten bringen, aus denen sie ihre Energie schöpfen. Es ist eine Schande, dass ihre Lügen und ihre Propaganda von verschiedenen BDS-Anhängern [*Anti-Israel-Bewegung «Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen»*, Anm. d. Red.] auf der ganzen Welt für bare Münze genommen werden.

Die Hoffnungen, die von früheren US-Präsidenten in die Roadmap gesetzt wurden, haben sich nicht erfüllt. Ist eine neue, zukunftsweisende Maxime in Sicht? Kann es jemals Frieden im Nahen Osten geben?

Die Hoffnung auf einen dauerhaften und umfassenden Frieden sollte uns natürlich weiterhin vereinen und leiten. Aber wir sollten auch vorsichtig und verantwortungsbewusst sein und entsprechend den Bedingungen vor Ort behutsam vorgehen. Denn diese erscheinen zurzeit nicht sehr geeignet, um einen politischen Fortschritt zu erreichen. Wenn die gemeinsame Einschätzung lautet, dass die Zeit noch nicht reif ist und die Umstände wahrscheinlich nicht sehr günstig sind, soll darauf hingearbeitet werden, diese schrittweise zu verbessern. Genau das hat die israelische Regierung versucht, indem sie den Schwerpunkt auf die Zusammenarbeit mit den Palästinensern legte, um deren wirtschaftliche Lage zu verbessern und gleichzeitig die Sicherheit der Bürger Israels zu gewährleisten. Dies ist die Richtung, um Hoffnung und Vertrauen zu schaffen, die später den Weg für die Behandlung der komplizierteren und kontroversen Fragen ebnen könnten.

Nach den letzten Wahlen setzten viele ihre Hoffnungen auf die neue Koalition aus insgesamt acht politischen Parteien. Andere befürchteten, dass diese Struktur nicht lange Bestand haben könnte. Wie denken israelischen Bürger über ihre Regierung?

Da wir uns jetzt auf Neuwahlen zubewegen, ist dies natürlich für ein demokratisches Land das beste Instrument, um zu zeigen, wie die Men-

schen ihre Regierung sehen. Ich bin sicher, dass die Leute in Israel unterschiedliche Meinungen haben, aber ich kann Ihnen sagen, dass wir sehr stolz auf unsere starke und lebendige Demokratie sind. Denn diese ermöglicht eine solche Vielfalt in der Politik. Eine Regierung, die aus acht Parteien besteht, ist nicht einfach zu führen. Aber sie ist auch eine sehr integrative und heterogene Regierung, weil sie so viele Segmente der israelischen Gesellschaft repräsentiert.

Präsident Trump hat aufgrund seiner klaren Positionierung gegenüber Israel auch von arabischer Seite Respekt erhalten. Inwieweit wäre eine verstärkte Zusammenarbeit auf dieser Schiene möglich?

Wir schätzen die Unterstützung, die wir von jedem amerikanischen Präsidenten erhalten, aber die enge Freundschaft und Partnerschaft zwischen den USA und Israel geht über eine bestimmte Regierung hinaus. Sie beruht auf gemeinsamen Werten und Grundsätzen und auf echter Freundschaft zwischen beiden Völkern. Ich bin mir auch sicher, dass der historische Wandel in unserer Region, der durch die Abraham-Vereinbarungen herbeigeführt wurde, unumkehrbar ist. Die USA werden diesen weiterhin unterstützen, wie die Regierung Biden bereits gezeigt hat.

Welche Auswirkungen hat der Krieg in der Ukraine auf Israel? Gibt es eine erhöhte Anzahl von Menschen aus der Ukraine und Russland, die Alija machen und nach Israel migrieren?

Der Krieg in der Ukraine hatte grosse Auswirkungen auf Israel. Wir haben viele Asylbewerber aufgenommen, sowohl Juden als auch Nicht-Juden. Wir führen eine umfangreiche humanitäre Hilfsaktion für die Menschen in der Ukraine durch, so wie viele andere Länder auch. Wir haben den Krieg verurteilt und unsere Unterstützung für die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine zum Ausdruck gebracht. Wie Sie wissen, waren wir auch an Vermittlungsversuchen beteiligt, um eine friedliche Lösung zu finden, die dem Leiden der Menschen in der Ukraine ein Ende setzen würde.

Israel hat den Angriff Russlands auf die Ukraine nicht verurteilt, d.h. nicht Partei ergriffen. Hängt dies mit den eher angespannten Beziehungen zwischen den beiden Ländern zusammen?

Ich möchte diese Fehleinschätzung in Bezug auf Israel klären. Wir haben in der Tat eine sehr klare Position bezogen, indem wir den russischen Angriff

auf die Ukraine verurteilt und unsere Unterstützung für die Ukraine zum Ausdruck gebracht haben, obwohl wir gute Beziehungen sowohl zu Kiew als auch zu Moskau haben. Wir stehen hier auf der richtigen Seite der Geschichte und werden das ukrainische Volk weiterhin unterstützen. Es ist wahr, dass man von der Ukraine Kritik an vielen ihrer Unterstützer hört, wonach sie mehr tun sollten. Aber jede Regierung hat auch die Pflicht, die Interessen und Sachzwänge ihres Landes zu berücksichtigen, wie es meiner Meinung nach auch bei der Schweiz und dem Neutralitätsprinzip der Fall ist.

Die EDU hat beim Bundesrat und Parlament eine Petition eingereicht, um die Schweizer Botschaft nach Jerusalem zu verlegen. Welche Staaten haben ihre Vertretungen bereits in die israelische Hauptstadt verlegt, und welche planen diesen Schritt noch?

Wir schätzen die Position und die Unterstützung der EDU sehr. Jerusalem ist die Hauptstadt Israels, und wir würden es begrüßen, wenn alle Länder ihre Botschaften dorthin verlegen würden. Bislang haben die USA, Guatemala, Honduras und der Kosovo Botschaften in Jerusalem eröffnet, während die Tschechische Republik, die Slowakei und Brasilien dort Büros eingerichtet haben. Wir hoffen, dass weitere Länder folgen werden.

Sie bezeichnen sich selbst als gemässigt orthodox. Wie leben Sie Ihren Glauben? Wo sehen Sie Berührungspunkte mit der Religion der Christen?

Wir sind eigentlich keine religiöse Familie, aber wir haben grossen Respekt vor der jüdischen Tradition. Wir bleiben koscher, gehen gelegentlich in die Synagoge und feiern die jüdischen Feiertage gemäss unserer Familientradition und unseren eigenen Entscheidungen. Ich persönlich glaube fest an die Freiheit der Wahl. Ich sehe auch das Schöne in den Grundzügen aller monotheistischen Religionen, in denen sich viele ähnliche Ideen und Werte finden lassen.

Persönliche Frage zum Schluss: Haben Sie ein Lebensmotto?

Mein Motto ist ganz einfach: Versuche immer, dein Bestes zu geben. Das ist auch meine Hoffnung und mein Leitsatz für meine Amtszeit als Botschafterin in der Schweiz. Ich hoffe, dass ich in drei Jahren stolz auf das zurückblicken kann, was wir erreicht haben. ●

Mehr zur Person: embassies.gov.il/bern/AboutTheEmbassy/Pages/Botschafterin.aspx



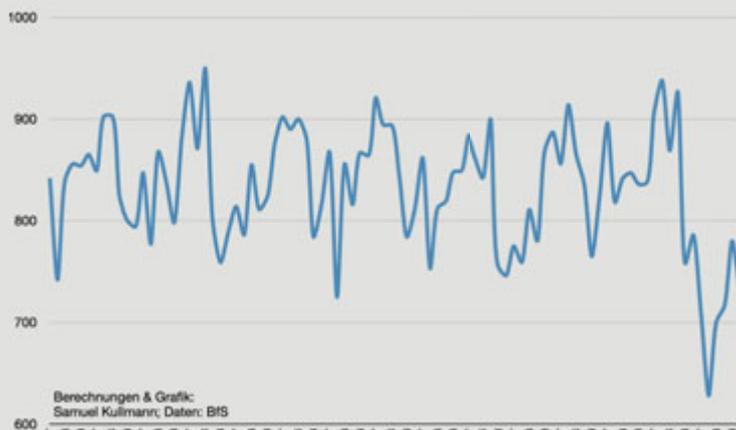
Historischer Einbruch der Lebendgeburten

In der Schweiz, inklusive Kanton Bern, kam es zwischen Januar und Mai 2022 zu einem massiven Rückgang an Geburten. Gibt es Zusammenhänge zu den Covid-Impfungen?



Samuel Kullmann, EDU-Grossrat

Am 2. August las ich einen Artikel des Finanz-Blogs «Inside Paradeplatz», der mich aufhorchen liess: Von Januar bis Mai 2022 ist die Geburtenzahl in der Stadt Zürich um 21 Prozent gegenüber dem Vorjahr eingebrochen. Ich nahm Kontakt auf mit dem Bundesamt für Statistik und bezog die Daten, ausgewertet nach Monaten, für den Kanton Bern. Auch hier zeigte sich ein dramatischer Einbruch. Im Februar 2022 kamen nur 628 Kinder zur Welt. Dies liegt 3,44 Standardabweichungen unter dem Mittelwert seit 2015. Noch nie seit Beginn der statistischen Erfassung im Jahr 1871 gab es einen solchen Rückgang. Mitte August nahm die «Weltwoche» das Thema auf. Unter dem Titel «Über 6'000 Kinder fehlen»



Die blaue Linie zeigt die monatliche Anzahl Lebendgeburten im Kanton Bern von Januar 2015 bis Juni 2022.

wurde ein 66-seitiger Bericht eines Datenanalytikers zusammengefasst. Auffallend ist, dass der plötzliche Geburtenrückgang ziemlich genau neun Monate nach der Covid-Erstimpfung eines breiten Teils der Bevölkerungsgruppe zwischen 20 und 49 Jahren erfolgte.

Diese zeitliche Korrelation sagt noch nichts über Kausalität aus [siehe Erklärung der Begriffe auf Seite 2]. Die Forscherin Susanne Grylka erklärte gegenüber «20min», dass der Geburtenrückgang dadurch zu erklären sei, dass im Jahr 2021 mehr Kinder gezeugt wurden und Covid-Ansteckungen im Körper Stress auslösen würden, was die Fruchtbarkeit kurzfristig beeinflussen könnte.

Es besteht weiterer Erklärungsbedarf

Aus meiner Sicht greifen diese Erklärungen zu kurz und ignorieren den sprichwörtlichen Elefanten im Raum. Zwar gab es 2021 leicht mehr Geburten als zuvor, doch liegt das Niveau im Rahmen der Geburtenzahl von 2015 bis 2018. Der abrupte und historisch einmalige Einbruch lässt sich dadurch kaum erklären. Covid-Ansteckungen gab es zudem seit März 2020 zuhauf – lange Zeit ohne Folge auf die Geburtenzahl. Eine Analyse nach Regionen zeigt, dass es zwischen Impfquote und Geburtenrückgang zusätzlich eine hohe Korrelation gibt. So gingen in der Ostschweiz, hier liegt die Impfquote bei 50 Prozent, die Geburten um 9 Prozent zurück, während



sie im Kanton Zürich mit einer Impfquote von 64 Prozent um 18 Prozent zurückgingen. Auch das ist kein abschliessender Beweis für eine fruchtbarkeitsschädigende Wirkung des Covid-Impfstoffes. Allerdings sagt der gesundheitsökonomische Berater, Prof. Dr. Konstantin Beck von der Universität Luzern, dass eine Kausalität mit der Covid-Impfung durchaus möglich sei. Dass gerade junge und gesunde Menschen massiv unter Druck gesetzt wurden, eine Impfung mit Notzulassung machen zu lassen war aus ethischer Sicht verwerflich. Deshalb habe ich mich mit der ganzen EDU-Fraktion für vollständige Freiwilligkeit bei der Covid-Impfung einge-

setzt. Wir werden am Thema dranbleiben und weitere Abklärungen fordern. Ich hoffe sehr, dass ein allfälliger Schaden zeitlich begrenzt bleibt – oder dass am Ende doch andere stichhaltige Gründe ausgemacht werden können. •

Korrelation misst in der Statistik die Stärke einer Beziehung von zwei oder mehreren Merkmalen, Ereignissen oder Funktionen zueinander. In der beschriebenen Situation korrelieren hohe Impfquoten mit tiefen Geburtenzahlen. Die Beziehung kann, muss aber nicht kausal (siehe unten) sein.

Kausalität beschreibt die Beziehung zwischen Ursache und Wirkung.

Was tut ein Laienrichter genau?

Die EDU Kanton Bern hat an ihrer letzten Delegiertenversammlung 3 Personen für das Amt einer Laienrichterin, eines Laienrichters nominiert. Der Grosse Rat wird die Nominationen prüfen und die Mandate für die Amtsdauer von 2023 bis 2028 vergeben. Anton Lauber, selber erfahrener Laienrichter, erklärt, was ein solches Mandat beinhaltet.

Anton Lauber, Laienrichter am
Strafgericht Berner Jura-Seeland

Mit der Umsetzung der Justizreform ab dem 1. Januar 2011 wurden im Kanton Bern rund 120 Laienrichter und Laienrichterin gesucht. Es haben sich über 1'000 Personen beworben. Der Grosse Rat hat anschliessend die offenen Mandate gemäss Parteiproporz besetzt. Ich gehörte auch dazu und wurde in diesem Jahr für weitere 6 Jahre wiedergewählt.

Wie in der Exekutive und Legislative üblich wird auch in der Judikative mit Milizpersonal gearbeitet. Als Laienrichtern und Laienrichter repräsentieren wir den «gesunden Menschenverstand», sind förderlich für die Urteilsakzeptanz, sind als Bindeglied zwischen dem gelebten und gelehrten Recht gedacht und unterliegen der Schweigepflicht. Wir kommen zum Einsatz bei Verhandlungen mit einer Strafe ab 2 Jahren. Dazu gehören Delikte wie Rasen, Drogen, sexuelle Übergriffe, Vergewaltigung sowie Tötungen und Mord.

Bei einem Strafraum von 2 bis 5 Jahren sind wir zu zweit, ab 5 Jahren bis lebenslanglich zu viert zusammen mit einer Berufsrichterin oder einem Berufsrichter in die Gerichtsverhandlung

involviert. Je nach persönlicher Verfügbarkeit sind wir jährlich etwa 20 bis 30 Tage im Einsatz. Die Verhandlungsdauer liegt je nach Delikt und Beteiligten durchschnittlich bei 1 bis 7 Tagen. Mindestens einen Monat vor der Verhandlung müssen die Prozessakten eingesehen und gründlich studiert werden. An der Verhandlung können wir bei der Befragung der Beschuldigten auch selbstständig Fragen stellen. Nach den Parteivorträgen der Staatsanwaltschaft und der Verteidigung wird die Verhandlung unterbrochen und das Richtergremium geht in Beratung. Kann man sich beim Strafmass nicht einigen, wird abgestimmt. Am Schluss des Prozesses erfolgt die Urteilsverkündung durch den Berufsrichter und der Abschluss der Verhandlung.

Zu den Herausforderungen dieses Mandats gehören das Lesen und Verstehen der Prozessakten, die Aufmerksamkeit bei längeren Verhandlungen sowie die aktive Teilnahme an den Beratungen. Das Amt des Laienrichters und der Laienrichterin ist eine von vielen Miliztätigkeiten in unserem Staatssystem und zudem eine sinnvolle Nebenbeschäftigung. •



Die EDU Kanton Bern sagt 2-mal JA und 3-mal NEIN

An der Delegiertenversammlung vom 15. August hat die EDU Kanton Bern die Parolen zu den 5 Abstimmungsvorlagen vom 25. September 2022 gefasst.

Eidgenössische Vorlage:
Massentierhaltungsinitiative
Volksinitiative vom 17. September 2019
«Keine Massentierhaltung in der Schweiz»

Ja: 0 / Nein: 39 / Enthaltungen: 2

NEIN-Parole

Eidgenössische Vorlage:
Zusatzfinanzierung der AHV
Bundesbeschluss vom 17. Dezember 2021
über die Zusatzfinanzierung der AHV
durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer

Ja: 34 / Nein: 4 / Enthaltungen: 3

JA-Parole

Eidgenössische Vorlage:
Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV 21)
Änderung vom 17. Dezember 2021 des Bundesgesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHVG) (AHV 21)

Ja: 35 / Nein: 2 / Enthaltungen: 4

JA-Parole

Eidgenössische Vorlage:
Verrechnungssteuergesetz, VStG

Änderung vom 17. Dezember 2021
des Bundesgesetzes über die
Verrechnungssteuer, (Stärkung
des Fremdkapitalmarkts)

Ja: 11 / Nein: 26 / Enthaltungen: 4

NEIN-Parole

Kantonale Vorlage:
Stimmrechtsalter 16
Änderung der Kantonsverfassung

Ja: 1 / Nein: 40 / Enthaltungen: 0

NEIN-Parole

GebätsWörship uf dr Alp Rossberg

Im Jahr 2006 wurde der Anlass zum ersten Mal auf der Bäderalp durchgeführt, damals in Zusammenarbeit mit Therese Gerber von Oberwil. Auf dem Rossberg fand der letzte Anlass dieser Art statt mit den Gastgebern Andy und Katharina Gafner aus Oberwil.



Sonja Steinmann

Wegen des Regens konnten wir eine «Ski-Hütte» benutzen. Der langersehnte Regen war willkommen. Die Alphornformation Herbligen spielte vor und nach dem Gottesdienst auf der Terrasse ihre Musikstücke, was angesichts der langen Instrumente hilfreich war; «geplant» in dieser Zeit ohne Regen. Der Posaunenchor Oberwil spielte, was dem Lobpreis eine besondere Note verlieh. Jonas Gafner hielt eine Botschaft zu «Wahrheit», die in Johannes einige Mal erwähnt wird, so in Kapitel 14, Vers 6, wo

Jesus sagt. «Ich bin der Weg, ich bin die Wahrheit und ich bin das Leben! Ohne mich kann niemand zum Vater kommen.» Wir besitzen die Wahrheit nicht! Wir kennen die Wahrheit. Das geht viel tiefer! Das ist eine lebendige Beziehung. EDU-Leute, die aktiv in der Politik stehen, gaben Einblick in ihre Herzensanliegen; und diese wurden auch gleich im Gebet berücksichtigt. In der Hütte war jeder der 80 Stühle besetzt – eine wunderbare Gesellschaft von Freunden aus dem ganzen Kanton. •



«Lasst uns Zeit zur Meinungsbildung»

Joana Tristante, Jahrgang 2002, ist Mitglied der JEDU. Sie wird am 25. September 2022 ein NEIN zum Stimmrechtsalter 16 einlegen. In der persönlichen Stellungnahme erklärt sie die Gründe und weshalb es wichtig ist, jungen Menschen Zeit in politischen Belangen zu geben.

Joana Tristante, JEDU

Junge Menschen sind mitten in der Entwicklung und noch sehr beeinflussbar. Das Stimmrecht ist das falsche Instrument, Jugendliche zu politischer Aktivität zu animieren. Viel eher kommt Jungparteien für politisch interessierte Jugendliche eine Wichtigkeit zu. Ab 15 Jahren erlauben sie in der Regel die Mitgliedschaft und als vollwertiges Mitglied, darf man Parolen fassen und mitwirken. Auch innerhalb von Parteien herrscht oft nicht nur eine Meinung, gerade das ist für die eigene politische Meinungsbildung wichtig.

Auf uns junge Menschen kommen schon früh viele emotionale Entscheidungen zu. Die Berufswahl ist dabei Anführerin des Kopfzerbrechens. Dazu sind wir mitten in der Persönlichkeitsfindung, vielleicht steht die erste grosse Liebe an und zu allem Übel plagen uns Unsicherheiten. Mit anderen Worten: Die Zeit zwischen 15 und 20 Jahren ist intensiv. Sollen wir jetzt noch über

Steuererhöhungen, Bauprojekte und die vielen grossen Kontroversen der Politik entscheiden? Dinge, die uns mehrheitlich noch nicht mal selbst betreffen? Die Steuererklärungspflicht wurde ab 2020 von 16 Jahren wieder auf 18 Jahre erhöht. 16-Jährigen das Privileg des Stimmrechts, abgekoppelt von den übrigen Pflichten zu geben, wäre falsch.

Ja, wir sind die Schweiz von morgen, ja, das Klima betrifft uns noch länger als unsere Eltern. Und darum ist es umso wichtiger, dass ihr uns Zeit lasst, damit wir uns zu diesen Angelegenheiten eine möglichst fundierte Meinung bilden können. Dann werden wir mit jugendlichem Elan die Themen, die uns wirklich persönlich am Herzen liegen, vorantreiben. Sprecht mit uns über die Politik, schafft uns Zugang zu anderen Meinungen, aber bitte, bürdet uns kein Abstimmungscover mit euren Abstimmungswünschen zur Konfirmation auf. •

Beten bewegt

Sonja Steinmann

«Niemand zündet eine Lampe an, um sie dann unter einen Topf zu stellen. Im Gegenteil, man stellt sie auf den Lampenständer, damit sie allen im Haus Licht gibt.» Matthäus 5,15, Gute Nachricht

EDU-Leute mit National- und Grossratsmandat: Nationalrat Andreas Gafner, Grossrätin Katharina Baumann und Grossräte Jakob Schwarz, Johann Ulrich Grädel, Ernst Tanner, Dominik Blatti und Samuel Kullmann – Gott hat euch wunderbare Gaben geschenkt. Lasst sie leuchten. Segen und Schutz für die Zeit der Herbstsession.

Unsere Aufgabe: Seien wir das Licht für die Welt. «Eine Stadt, die auf einem Berg liegt, kann nicht verborgen bleiben.» Matthäus 5,14

Unser Denken, Reden und Tun: Alles, was uns ausmacht, soll in Verbindung stehen mit dem, was Gott in uns angelegt hat. Tut alles im Namen des Herrn. Unser Leben soll authentisch sein.

Wahlen in den Gemeinden: Kandidatinnen und Kandidaten mit Vision für die EDU-Liste. Gott ist mit euch und führt euch weise. Gelingen durch Sitzerhalt oder Sitzgewinn.

Erntezeit: Obst- und Weinernte, wie auch diverse Gemüseernten sind voll im Gang. Segen und Bewahrung der Landwirtschaftsbetriebe und der unzähligen Arbeiterinnen und Arbeiter. •



EDU+UDF
Eidgenössisch-Demokratische Union

Impressum

EDU KANTON BERN
Erlenauweg 17
3110 Münsingen

Telefon 031 991 40 40
info@be.edu-schweiz.ch
edu-be.ch

REDAKTION
Thomas Kuhn

GESTALTUNG
mj-design.ch

DRUCK UND SPEDITION
Jordi AG, Belp

FOTO
Seite 1: AdobeStock
Seite 4: Sonja Steinmann

Das Podest



Ruedi Ritschard, Kolumnist

Sport ist ein knallhartes Geschäft. Sport ist brutal, kennt keine Gnade. Sport kennt nur eines: Sieger. Nur der oberste Platz auf dem Podest zählt, nur die Goldmedaille. Ränge 2 oder 3 auf dem Siegereppchen interessieren nicht, sie sind nur da, um den gefeierten Helden oder die Heldin einzurahmen.

Schwingfeste sind gegenwärtig Trumpf. Was für eine bodenständige, ehrliche Sportart. Mann gegen Mann. Schwergewichtige Kraftprotze legen muskelbepackte Riesen auf den Rücken. Da wird Sägemehl gefr... und wieder ausgespuckt, da wird getreten, gezogen, geschlungt und gebienzert, zum Wyberhaagge angesetzt und mit dem Mürger-Murks den Kopf des Gegners fast abgedreht. Nun ja, die Schwinger haben ja auch Nacken wie Bisons. Aber die schmerzverzerrten Gesichter in Nahaufnahme ... Nid grad schön. Janu, sie schwingen ja freiwillig. Und alle möchten den Muni. Und nur einer erhält ihn, nur einer der Bösen wird auf den Achseln von zwei Kollegen herumgetragen, nur einer wird (meistens) Festsieger. Alle andern zotteln mit hängenden Köpfen davon, verbittert, mit schweren Gliedern und leerem Blick. Der Sieger wird sogar König, nur er schafft es in die Schlagzeilen und verdient eine Unmenge Geld. Alle andern sind weg vom Fenster. Eine Glocke als Trostpreis, ein geschnitztes Trögli oder der Kranz – immerhin.

In meiner ganzen langen Schwingerkarriere habe ich das «Stockerl», wie die Österreicher liebevoll sagen, dreimal geschafft. Nur nach ganz oben hat es nicht gereicht. Macht nichts, mein Körper hat gleichwohl Unmengen an Glückshormonen ausgeschüttet – und tut es immer noch, auch wenn ich keine Läufe mehr bestreite und nur noch mit kürzeren Schritten unterwegs bin ... Was verzapfe ich da wieder für einen Quatsch. Ich war und bin ja Langstreckenläufer, nicht Schwinger. Mit meinen sagenhaften 63 Kilogramm Lebendgewicht ist Mann da am falschen Ort. Aber ich bin Fan vom Schwingen, das gebe ich gerne zu, und freue mich auf das ESAF in Pratteln.

Was ich sagen wollte: Ich erinnere mich noch gut an den Ostergottesdienst vor siebzehn Jahren. Die Kinder

bastelten Medaillen zum Thema «Sieg». Jesus ist Sieger, er hat den Tod überwunden, Jesus lebt! – Mit den umgehängten Orden stürmten die Kids das Podest. Die gewitzten, die Forschen, die Selbstbewussten fuhren die Ellenbogen aus und stürmten zuoberst aufs Podest. Sie liessen sich in den abgeschauten Siegesposen der Sportstars unter tosendem Applaus der Gemeinde überschäumend feiern. Die eher zurückhaltenden, scheuen, schüchternen Kinder wagten es nicht, den ehrfürchtigen Thron zu besteigen. Nicht einmal auf Platz zwei oder drei. Sie blieben auf dem Boden der harten Wirklichkeit stehen. Kein Klatschen, kein Jubel, kein Füssetrampeln, kein Bravo der Anwesenden. Nur Stille, nur schnell wieder auf den Platz zurück, mit gesenktem Blick, wie die Schwinger nach einem verlorenen Gang ...

Das hat mich berührt. Die Kinder haben alle mit Eifer und Freude an ihren Medaillen gearbeitet. Aber nur die Mutigen und Starken ernten den Erfolg und sonnen sich im Scheinwerferlicht. Die Schwachen werden überrollt, weggedrückt, stehen im Weg. Und das ist auch bei den gescheiterten und erwachsenen Menschen von heute noch so. Es war von Anfang so und wird so bleiben bis zum Ende der Welt. – Dabei braucht es sie, die grosse Menge der stillen Chrampfer, die Arbeiter im Hintergrund, die Helfer, welche den Boden und das Umfeld bearbeiten, damit Einer oder Eine die Früchte ernten kann. Nicht nur im Sport. Überall in der Gesellschaft. Was ist, wenn diese guten Geister streiken? Nichts geht mehr, gar nichts. – Spenden wir doch einen kräftigen Applaus all denen, die im Stillen arbeiten und alles daransetzen, dass es Dir und mir gut geht. Und hört auf, den Strassenarbeitern den Stinkefinger zu zeigen. Sie tun ihr Möglichstes, damit wir in flottem Tempo über die Autobahnen flitzen können. Hört auf, dem Lokomotivführer die Faust zu zeigen wegen drei Minuten Verspätung. Er tut sein Bestes zu unserem Wohl. Und so weiter und so fort. Lasst uns für diejenigen beten, die sichtbar oder unsichtbar für uns da sind und das Beste für unser schönes Land und für uns alle anstreben. Für diejenigen, die nicht nach Ruhm und Ehre streben, aber ehrliche Arbeit «backstage» verrichten. Vielen Dank, Euch allen! ●

Reform AHV 21: Schritt in die richtige Richtung!

Am 25. September 2022 stimmen wir über das Reformpaket AHV 21 ab. Dazu gehören eine Änderung des Bundesgesetzes über die AHV und der Bundesbeschluss über die Zusatzfinanzierung der AHV durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um 0,4%. Für die Inkraftsetzung der AHV-Reform 21 ist die Annahme beider Vorlagen nötig. Mit einer Annahme wird die AHV-Finanzierung für die nächsten ca. 10 Jahre gesichert.



Markus Wäfler, alt Nationalrat EDU ZH

Warum ist die AHV-Reform 21 nötig?

In der Standpunkt-Ausgabe vom März 2022 habe ich die problematische Finanz-Situation unserer AHV dargelegt. Bisher sind Anläufe für die 11. AHV-Reform entweder schon im Parlament oder an der Urne gescheitert. Einzig die STAF-Vorlage wurde im Mai 2019 genehmigt. Damit wurden die AHV-Arbeitgeber/-nehmer-Beiträge um je 0,15% angehoben und der Bundesbeitrag an die AHV um 800 Millionen pro Jahr aufgestockt. STAF machte aber keine AHV-Ausgabenkorrekturen. Durch die Erreichung des AHV-Alters von geburtenstarken Jahrgängen und die erfreulich hohe Lebenserwartung von über 80 Jahren beziehen mehr Rentner/-innen über längere Zeit eine AHV-Rente, was bei der AHV (wie beim BVG) mehr kostet.

Was AHV 21 verändert

Erfreulicherweise hat sich das Parlament im Dezember 2021 endlich auf eine 11. AHV-Reform mit Korrekturen in der richtigen Richtung einigen können. Folgendes wurde beschlossen:

- Eine Anhebung des Referenzrentenalters für Frauen von heute 64 auf 65 Jahre (wie bei den Männern). Dies bewirkt eine um ein Jahr längere Beitragszahlung der Frauen und reduziert deren Rentenbezug um ein Jahr. Damit spart die AHV bis 2032 ca. neun Mia. Franken.
- Die Erhöhung des Frauen-Rentenalters wird über vier Jahre gestaffelt und neun Übergangsjahrgänge erhalten relativ grosszügige Kompensationen, welche die AHV bis 2032 ca. 2,8 Mia. Franken kosten werden. Die Erhöhung des Referenzrentenalters für Frauen gilt gleichzeitig auch für die Pensionskassen.
- AHV 21 bringt eine verbesserte Flexibilisierung des AHV-Rentenbezugs im Alter von 63 bis 70 Jahren und wird auch beim BVG/Pensionskasse gültig. Diese Flexibilisierung des Rentenalters kostet die AHV bis 2032 ca. 1,3 Mia. Franken.



Diese Massnahmen verbessern die AHV-Finzen per 2032 also um knapp fünf Mia. Franken. Weil dies zur mittelfristigen finanziellen Absicherung der AHV-Renten nicht ausreicht, hat das Parlament mit einem Bundesbeschluss eine zweckgebundene Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes um 0,4% beim Normalsatz auf 8,1%, um 0,1% beim reduzierten Satz auf 2,6% und um 0,1% beim Sondersatz auf 3,8% beschlossen. Weil dies eine Verfassungsänderung bedingt, gilt das obligatorische Referendum mit Volks- und Ständemehr. Die Erhöhung des MwSt-Satzes soll der AHV-Kasse bis 2032 ca. 12,4 Mia. Franken Mehreinnahmen bringen.

Gesamthaft bewirken die beiden AHV 21-Vorlagen per 2032 eine Verbesserung der AHV-Finzen um ca. 17,3 Mia. Franken. Gemäss Bundesamt für Sozialversicherung verbleibt eine Finanzierungslücke von ca. 1,2 Milliarden, welche mit der nächsten AHV-Reform geregelt werden muss.

Linke Falschbehauptungen

Die SP und ihre Referendumspartner behaupten, dass die AHV-Reform 21 primär zu Lasten der Frauen gehe, die schon bisher um rund ein Drittel tiefere Altersrenten (AHV + BVG/PK) erhielten und deshalb benachteiligt seien. Diese Behauptung wird bewusst falsch gestreut, weil die frankenmässig tieferen Renteneinnahmen bei Frauen primär durch fehlende Beitragsjahre und häufigen Teilzeit- statt Vollerwerb verursacht sind. Unter gleichen Bedingungen werden Männer und Frauen bei AHV und BVG/PK gleich behandelt. Im Gegenteil, seit der 10. AHV-Reform erhalten Frauen richtigerweise auch Rentenzuschläge für Kinderbetreuungsjahre. ●

Ja zur Reform der Verrechnungssteuer

Bundesrat und Parlament haben eine Reform der Verrechnungssteuer beschlossen. Was von Linken vehement bekämpft wird, ist in Tat und Wahrheit eine Win-Win-Situation für den Staat wie für die Wirtschaft.

Anian Liebrand, politischer Mitarbeiter EDU Schweiz

Trockene Materie

Die Abstimmungsvorlage entspricht einer Änderung des Bundesgesetzes über die Verrechnungssteuer. Weil die Materie sehr trocken und technisch ist, ist es eine Herausforderung, die Vorlage möglichst allgemeinverständlich zu erklären und die Stimmbürger davon zu überzeugen, dass die vorgesehenen Mindereinnahmen für den Staat in der gegenwärtigen Situation unbedingt zu begrüssen sind. Ich weiss nicht, wie Sie das handhaben, liebe Leserinnen und Leser. Aber ich für meinen Teil finde Vorlagen, die den Staatshaushalt verringern und Unternehmen entlasten, meist schon mal von Grund auf sympathisch.

Worum geht es?

Heute vertreibt die Verrechnungssteuer Finanzierungen von Unternehmen ins Ausland. Dadurch werden Steuereinnahmen und Geschäftsmöglichkeiten in Millionenhöhe ans Ausland verschenkt. Bundesrat und Parlament möchten das ändern. Schweizer Unternehmen sollen bei der Kapitalaufnahme (Ausgabe von Anleihen) gleiche Bedingungen erhalten wie im Ausland und nicht weiter benachteiligt werden. In Zukunft sollen darum Zinserträge auf inländischen Obligationen von der Verrechnungssteuer befreit werden. Bei ausländischen Obligationen sowie jenen von systemrelevanten Grossbanken fällt bereits heute keine Verrechnungssteuer an.

Geld zurück in die Schweiz

Die Reform bringt Steuereinnahmen zurück in die Schweiz. Werden Steuern nicht mehr in Luxemburg, sondern in der Schweiz bezahlt, haben alle Schweizerinnen und Schweizer etwas davon. Die eingesparten Zinskosten von jährlich bis zu 200 Millionen Franken entlasten die Staatskassen und damit auch alle Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Gleichzeitig profitieren Kantone, Städte und Gemeinden von günstigeren Finanzierungen im Inland. Das schont den Umgang mit Steuergeldern. Es bleibt mehr für andere Aufgaben, die allen zugutekommen.

Investitionen vorantreiben

Zu den Gewinnern der Reform zählen auch öffentliche Unternehmen wie Spitäler, Energieunterneh-

men, ÖV-Betriebe oder das genossenschaftliche Bauwesen. Denn sie alle können Geld zu günstigeren Bedingungen aufnehmen. Dadurch werden wichtige Investitionen im Gesundheitswesen und in die Nachhaltigkeit vorangetrieben. Von diesen Investitionen profitieren wir alle.

Wichtig zu wissen: Verrechnungssteuerfrei werden künftig nur neue, inländische Obligationen. Das beschränkt die kurzfristigen Steuerausfälle auf ein absolutes Minimum. Nichts ändert sich im weit gewichtigeren Bereich der Dividenden, die für die Milliardeneinnahmen beim Bund verantwortlich sind. Das Kosten-Nutzen-Verhältnis der Reform ist ausgesprochen positiv. Bei geringen kurzfristigen Kosten können bedeutende volkswirtschaftliche Vorteile erreicht werden.

Bundesrat, Kantone (Finanzdirektorenkonferenz) sowie die Fraktionen der FDP, der Mitte, der GLP sowie der SVP unterstützen die Reform. Alle Wirtschaftsverbände empfehlen ebenfalls deren Annahme. ●



Durch Vergebung kommt Segen

Martina Bolliger, Mitglied der Geschäftsleitung EDU Schweiz (Ressort Geistliche Leitung)



Vergebung ist der Schlüssel zum Segen. In den Psalmen steht, dass dort, wo Einheit ist, der Herr den Segen befohlen hat. Der Feind lebt schon ein wenig länger hier als wir, er kennt auch das Wort Gottes sehr gut. Er weiss, wo die Schwächen der Menschen liegen und macht sie sich zu nutzen.

So ziemlich jeder kennt das Gebet «Vater unser im Himmel, vergib uns unsere Schuld, wie auch wir vergeben unseren Schuldigern.» Das Wort Gottes zu sprechen ist das eine, aber danach zu handeln ist ganz was anderes. Danach zu handeln bedeutet, den eigenen Stolz runterzuschlucken, was uns etwas kostet. Nicht zu vergeben, bedeutet zu stolz zu sein. Zu sagen, «ich habe ja vergeben», ohne danach zu handeln, zeigt, dass man nicht vergeben hat. Nicht zu vergeben bedeutet, es kommt kein Segen auf Dich, Deine Familie, Dein Geschäft oder anderes.

Wir sind das heilige Volk, wir sind das Fundament dieser Nation, gegründet auf der Liebe Gottes. Die Liebe macht den Unterschied, die Liebe überwindet alles. Wir, der Leib Christi, sind so verwundbar, weil wir untereinander keine Vergebung LEBEN. Jesus kommt bald. Nicht zu handeln, wie das Wort Gottes sagt, bedeutet, aktiv gegen Gott zu arbeiten. Wir brauchen alle den Segen Gottes. Bitte den Heiligen Geist um Hilfe, dass er Dich leitet und führt, sprich die Namen laut aus, die Dich verletzt, enttäuscht haben, wisse, es geht nicht um Dich als Einzelperson. Der Einfluss im Geist ist meist viel grösser. Was für ein Segen kommt auf dieses Land, wenn wir nach Gottes Willen handeln.

Ich bin mir bewusst: Diese Zeilen konfrontieren. Prüfe sie, handle danach, erfahre den Segen Gottes. ●

Anpacken statt reden

Die Sorge vor einem Energie-Blackout und Versorgungsengpässen beschäftigt die Schweizerinnen und Schweizer in diesen Tagen stark. Viel wird von Nachhaltigkeit und Umweltbewusstsein gesprochen – aber leider bleibt es oft nur bei Worten. In der EDU gibt es dagegen Leute, die lieber handeln, statt nur zu reden.

Anian Liebrand, politischer Mitarbeiter EDU Schweiz

Einer von dieser Sorte ist Roland Haldimann, vielen Leserinnen und Lesern bekannt als ehemaliger Vizepräsident der EDU Schweiz und aktueller Präsident der EDU Kanton Aargau. Der Geschäftsführer eines Metallbau-Unternehmens steht mit beiden Beinen auf dem Boden und exponiert sich nicht als Klima-Aktivist und Weltverbesserer. Mit der ideologischen Verbotspolitik der Grünen kann Haldimann erst recht nichts anfangen. Lieber schreitet er zur Tat, um in seinem Umfeld konkret etwas zu verbessern.

In seinem Betrieb in Gipf-Oberfrick AG liess er in diesem Frühjahr auf den Dächern eine Photovoltaik-Anlage errichten – die Panels sind montiert auf einer Fläche von 1100 m². «Ich kam auf die Idee, als wir unser Dach sanieren mussten. Zudem braucht ein neuer Mieter viel Strom», erklärt Roland Haldimann seine Motivation zu diesem Schritt. Die jährliche Energieproduktion seiner Anlage beträgt ca. 220 000 kWh (ein Schweizer Haushalt mit 4 Personen verbraucht pro Jahr durchschnittlich 5000 kWh). Damit spart er jährlich 83,5 Tonnen CO₂-Emissionen ein – so viel, wie durch 3835 Bäume gebunden wird.



Haldimann verzeichnet mit seinen Solarpanels in den Monaten Mai bis August einen guten Energieertrag. Er ist sich aber bewusst, dass die Schweiz mit Solarenergie allein keine Bandabdeckung erreichen wird. «Es geht nicht ohne Kernenergie und Wasserkraft», ist Haldimann überzeugt. Zudem würden Photovoltaik-Anlagen sowohl aus wirtschaftlicher als auch aus ökologischer Sicht erst ab einer gewissen Mindestfläche rentieren – so, wie bei ihm im Fricktal. ●

klipp & klar

Anian Liebrand

EDU in Aktion



EDU BE: EDU-Politiker übernehmen Verantwortung und werden dafür über die Parteigrenzen hinaus geschätzt. So wurde der Adelbodner Grossrat Jakob Schwarz in der Sommersession 2022 in die Justizkommission (JuKo) des Grossen Rates gewählt, wo er gleichzeitig auch das Vizepräsidium übernehmen wird. Als JuKo-Vizepräsident leitet Schwarz zukünftig den Ausschuss IV, welcher für die Richterwahlen verantwortlich ist.



EDU ZH: Die EDU ist an der traditionell sehr gut besuchten Züri Oberland Mäss (ZOM) in Wetzikon mit einem eigenen Stand



vertreten – beste Werbung für die Partei! Die ZOM findet vom 31. August bis und mit 4. September 2022 auf dem Areal der Eishalle Wetzikon statt. Vorbeischauen lohnt sich.

Gläubige Lehrer – für Linke ein Feindbild?

Das von einer Lehrerin in Safenwil AG initiierte Lehrergebet, das jeweils am Mittwoch vor Unterrichtsbeginn in Schulräumlichkeiten stattgefunden hatte, wurde gestoppt. Aus dem Kollegium sei Missfallen an diesem Projekt geäussert worden, heisst es im «Gebetsbrief des Landeskirchlichen Gebetsbundes der Schweiz» vom Herbst 2022. Die Gegnerschaft halte das Lehrergebet für einen Versuch der Missionierung. Obwohl der Schulleiter dem Gebet gegenüber positiv eingestellt war, kam man zum Schluss, dass das Gebet «dem Schulfrieden zuliebe» vorerst nicht mehr durchgeführt werden solle. Linke Kreise scheinen sich offenbar daran zu stören, wenn Lehrerinnen und Lehrer beten. So will eine SP-Grossrätin von der Aargauer Regierung wissen, ob sie Kenntnis habe von religiösen Aktivitäten von Lehrpersonen und ob «Handlungsbedarf» bestehe.



Christ wegen Bibelzitate verurteilt

Einmal mehr droht sich zu bewahrheiten, was die EDU und andere wertebewusste Christen vorausgesagt haben. In einem der ersten Zensurgesetz-Fälle verurteilte das Bezirksgericht Zürich Ende Juli einen 63-jährigen Lehrer wegen der Diskriminierung Homosexueller aufgrund der Rassismus-Strafnorm. Sein «Verbrechen»: Er besuchte 2021 die Homo-«Pride» in Zürich und setzte inmitten der Grossveranstaltung zu einer Strassenpredigt an. Der gläubige Christ zitierte Bibelstellen und bezeichnete Homosexualität mit Bezug auf das Evangelium als Sünde. Bemerkenswert ist die zweite Urteilsbegründung, die der Richter laut «TeleZüri» gegen den Mann ins Feld führte: «Die Ansichten, die der Angeklagte vertritt, sind im Jahr 2022 in Mitteleuropa nicht zeitgerecht.» Nun entscheiden Schweizer Gerichte also schon, welche Überzeugungen als angeblich zeitgemäss gelten – und bestrafen jene, die abweichen.

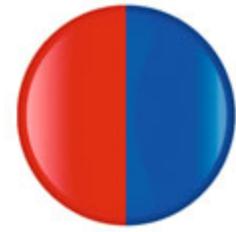


50 Jahre Helimission

Die Stiftung Helimission feiert ihr 50-jähriges Bestehen. Seit 1971 hilft die Nonprofit-Organisation mit Helikoptern notleidenden Menschen in abgelegenen und schwer zugänglichen Gebieten. Zur Zeit werden drei Helikopterbasen in Indonesien auf den Inseln Papua und Sulawesi sowie in Madagaskar geführt. Die Helimission unterstützt lokale Organisationen im Busch mit Versorgungsflügen. Ausserdem werden Baumaterial, Medikamente und medizinische Einrichtungen transportiert, was die Versorgung sowie den Unterhalt von Buschkrankenhäusern ermöglicht.



Emergenza climatica?



Da ormai trent'anni l'opinione pubblica è allarmata da annunci di una imminente catastrofe climatica causata dalle emissioni di CO2 conseguenti alle attività dell'uomo.

Edo Pellegrini, presidente UDF Ticino, deputato in Gran Consiglio

Ma siamo sicuri che l'allarme abbia un vero fondamento scientifico? Mi direte che moltissimi scienziati sostengono questa tesi, ma potrei dirvi che molti altri non ne sono affatto convinti e lo potete facilmente verificare sul WEB.

Sono un negazionista dell'emergenza climatica?

No, solo una persona che, forse a causa della formazione di matematico, ha bisogno di chiare dimostrazioni per credere ad una teoria.

Nessuno nega che ci sia un riscaldamento climatico. La questione per cui non ho ancora trovato argomenti sufficientemente convincenti è che tale riscaldamento sia causato dall'attività umana e non, semplicemente, a ciclici riscaldamenti-raffreddamenti che sono sempre avvenuti nella storia della Terra.

Ma è possibile la cosiddetta transizione energetica?

La riduzione di emissioni di CO2 a livello planetario è certamente possibile e auspicabile.

Ma io credo che ci siano dei limiti e i problemi di approvvigionamento energetico sollevati dalla guerra in Ucraina iniziano ad evidenziarli.

Una cosa è certa: con l'aumento della popolazione mondiale, dei veicoli elettrici, delle termopompe, del numero di condizionatori installati e così via, ben difficilmente si riuscirà a produrre energia elettrica sufficiente, a meno di affidarci alle centrali atomiche che, però, gli stessi ambienti che esigono di arrivare ad emissioni zero, vogliono dismettere.

Autorevoli studiosi hanno già indirizzato ai governanti e all'ONU appelli ad una maggiore prudenza nel varare politiche che penalizzeranno i livelli di vita dei loro cittadini. Quindi facciamo quanto in nostro potere per ridurre le emissioni di CO2 ed aumentare la produzione di energia da fonti alternative, ma non facciamoci stressare dagli ambienti rosso-verdi che vogliono dirci con quale mezzo di trasporto dobbiamo viaggiare, con quale sistema dobbiamo obbligatoriamente riscaldare la nostra casa, cosa dobbiamo mangiare per essere più attenti al clima ecc. ●

baumann
elektro

jung, dynamisch und motiviert

www.baumannelektro.ch
3110 münsingen | 031 721 62 27

Für mehr Lebensqualität.

RS Hilfsmittel Heimberg

www.rs-hilfsmittel.ch

TB TRANSPARENT BROKER

fair-trauen | fair-netzen | fair-sichern

Sind Sie fair versichert?
www.TransparentBroker.ch

RE/MAX
Immobilienmakler
Nathanael Regez
Tel. 079 215 57 27
n.regez@remax.ch

Kostenlose Schätzung

www.huwa.ch

Huwa
seit 1911

zubi

Zusammen mehr. **zubi.swiss**

schenk

Gesteuerte Horizontal-Bohrtechnik

www.schenkag.com

Mission Aviation Fellowship

MAF
maf-schweiz.ch

Ruedi Josuran:

«Lepra ist heilbar. Helfen Sie jetzt!»

lepramission.ch

FERIEN & SEMINARE

www.cvjm-zentrum.ch

SCM
Bund-Verlag

16 Magazine digital verfügbar!

bundes-verlag.ch/digital

SPITALSCHIFFE
FÜR DIE ÄRMSTEN

Sie können helfen!

www.mercyships.ch

www.**amzi**.org

focus israel, Israel-Reisen, Israel-News

E. + W. BERTSCHI AG

5728 Gontenschwil 062-773 12 40

Spenglerei · Sanitär · Heizungen

HINE ADON
HOTEL
APARTHOTEL

HINEADON.COM

Offener Brief zur Herausgabe der Ereignismarke «Ehe für alle»

Der Trägerverein «Nein zur Ehe für alle» hat den «obersten Verantwortlichen» der Schweizerischen Post einen Offenen Brief zugestellt, der es in sich hat – jede Formulierung sitzt – und von den Medien gut beachtet wurde. Nachahmung ist ausdrücklich erwünscht!

Mediendienst EDU Schweiz

Sehr geehrte Frau Bundesrätin Sommaruga
Sehr geehrter Herr VR-Präsident Levrat
Sehr geehrter Herr CEO Cirillo

Per 1. Juli 2022 hat die **Schweizerische Post** eine **Ereignismarke zur «Ehe für alle»**, die gleichentags in Kraft getreten ist, herausgegeben. Sie haben diesen Akt dahingehend kommuniziert, «diesen Umstand mit einer Sondermarke würdigen» zu wollen. Dies ist eine eindeutige politische Positionierung seitens der Post, welche die Frage aufwirft, nach welchen Kriterien Sie Resultate von Volksabstimmungen bewerten. Hiermit protestieren wir mit Nachdruck gegen diesen **Verstoss der politischen Neutralität** und die missbräuchliche Verwendung von staatlichen Mitteln und Kanälen zu Propaganda-Zwecken.

Als Konzern, der zu 100 % dem Staat gehört, also faktisch weiter ein **Staatsbetrieb** ist, sollte die Post die gesamte Bevölkerung vertreten und sich einseitiger politischer Parteinahme enthalten. Indem sich die Post derart **polarisierend** und **gesellschaftsspaltend** positioniert, trägt der «Gelbe Riese» leider nicht dazu bei, seine in vielen Bereichen stark angeknackste Glaubwürdigkeit (siehe Postauto-Skandal, Poststellenschliessungen, Rationalisierungen mit Abbau von Dienstleistungen etc.) wieder herzustellen.

Wir rufen in Erinnerung, dass sich in der **Volksabstimmung** vom 26. September 2021 **immerhin 35,9 %** der Stimmbevölkerung **gegen eine «Ehe für alle»** ausgesprochen haben. Mit der Veröffentlichung dieser Ereignismarke übergehen Sie die Meinung von mehr als einem Drittel der Schweizer Bevölkerung. Ausserdem machen Sie als Staatsbetrieb einseitig Werbung für nur eine politische Seite. Hand aufs Herz: Hätten Sie auch eine Briefmarke herausgebracht, **wenn die andere Seite gewonnen hätte**, zum Beispiel mit dem Slogan: «Vom Volk bestätigt: Die Ehe, eine exklusive Verbindung zwischen Mann und Frau?»



Wir fordern Sie deshalb auf, diese **Briefmarke zurückzuziehen** und die **Restauflage einzustampfen** oder dann im Sinne der Gleichberechtigung eine Marke herauszubringen, welche einen Slogan enthält, der die Ehe als Verbindung zwischen Mann und Frau als am besten für das Kindeswohl geeignete Verbindung unterstreicht.

Im Gegenzug werden wir den **Webstamp-Service** der Post benutzen und damit unsere **eigene Briefmarke** produzieren und möglichst viele davon in Umlauf bringen.

Das Sujet des Nein-Komitees:



Unter den vier Erstunterzeichnern des Offenen Briefs befinden sich Daniel Frischknecht, Co-Präsident des Abstimmungskomitees «Nein zur Ehe für alle» und Präsident der EDU Schweiz, sowie Anian Liebrand, Mitglied der Geschäftsleitung der EDU Schweiz. ●

Angebote und Termine

Marktplatz

VERKAUFEN

Medjool-Datteln aus Israel, Ernte 2021, 5 kg Fr. 80.– plus Porto und Verpackung. Bestellen bei Peter Bonsack, Kallnach. Kontakt: 079 607 12 07

VERMIETEN

Helle, heimelige 3-Zi.-Dachwohnung im Grünen günstig zu vermieten: Michelastrasse 29, 9615 Dietfurt, Toggenburg. Nach Wunsch teilweise möbliert, kein Balkon, aber Sitzplatz möglich: K: 079 621 35 83

Bauernhaus im Kanton Graubünden als Wohn- oder Ferienhaus (ganzjährig). Liebe EDU-Freunde, wir freuen uns auf eine Kontaktaufnahme: K: 081 645 13 88, 077 491 30 95

Ferienwohnung im sonnigen Hochtal Avers GR, 6 Betten, für Ferien zu jeder Jahreszeit. Es bieten sich an stimmungsvolle Herbstwanderungen in einer einzigartigen Bergwelt und im Winter ein familiäres Skigebiet mit zwei Skiliften, Langlaufloipen und Winterwanderwegen; beliebtes Skitourengebiet. Fr. 480.–/W. in der Wintersaison (Dez. bis März), Fr. 380.–/W. übrige Jahreszeiten. K: 071 642 15 19

Ferienwohnung in Alphüttli in 3623 Teuffenthal BE, geeignet auch für größere Familien. K: www.weichel.ch, 033 442 19 17, 079 723 03 20

OFFENE STELLEN

Gesucht gegen Entlohnung: Betreuungsperson(en), tagsüber, Laie oder Fachpersonal, für dementes Ehepaar (81 u. 90 J.), im Oberaargau. Grundpflege momentan durch Spitex abgedeckt. Eigenes Zimmer mit Balkon als Rückzugs- oder Übernachtungsmöglichkeit. WC/Dusche auf separater Etage. K: 031 782 02 22, abends: 031 731 05 65

PARTNERSUCHE

Ich, w., 68 Jahre jung, gläubige Christin, 162 cm, schlank, mit angenehmer Erscheinung, suche Dich, um gemeinsam in unsere Zukunft zu gehen. Wohnst Du im Raum Ostschweiz/Bodensee? Dann melde Dich bitte mit Bild unter Chiffre 22901, an «EDU-Standpunkt», Redaktion «Marktplatz», Postfach 43, 3602 Thun

SUCHEN

Seniorin (Christin) sucht helle, ruhige 2-3-Zi.-Wohnung in der Umgebung von Bern. Miete oder Kauf. K: 031 931 91 54

VERSCHENKEN

2-Säulen-Autolift, starke Gebrauchsspuren, funktionsfähig. Muss selber in Uster abgeholt werden. K: 079 577 48 37

Französische Modelleisenbahn-Zeitschriften «Loco-Revue», Jahrgang 2009 und 2011, ca. 16 St., sowie 40 English SNCF Society Magazines. Alle in gutem Zustand. K: Alan Miller, 061 811 30 54

Buch «Hilfe, ich muss predigen» von Horst Zentgraf (Anregungen, Entwürfe und Gliederungen). K: Bernhard Dura, Julierweg 5, 7000 Chur; 081 284 16 60, dura@fitundheil.ch

Vortrags-CD von Manfred Paul: «Das Geheimnis der Wiedergeburt!» Jesus Christus hat in Johannes 3 sehr deutlich gesagt, dass wir Menschen ohne eine Wiedergeburt nicht in den Himmel kommen. Helfen Sie mit, dass diese Tatsache noch vielen bekannt wird! Diese CDs sind gratis erhältlich beim Literatur-Dienst, Postfach 21, 3113 Rubigen BE; literatur-dienst@bluewin.ch; SMS + Tel.: 079 613 20 02

VERSCHIEDENES

www.predigten4you.ch – Predigten für Sie, wie Sie es wahrscheinlich nicht gewohnt sind.

Die EDU lädt ein

Baden: jeden 1. Montag des Monats: EDU-Gebet. Kontakt: 079 541 38 51

Heiden: jeden 1. Dienstag des Monats, 14.30 Uhr, Pflingstgemeinde, Asylstrasse 26: EDU-Gebet. K: 077 520 48 73

Männedorf: jeweils mittwochs in den geraden Kalenderwochen von 9–10 Uhr, Luegislandstrasse 27: EDU-Gebet. K: 044 920 45 43

Biel: jeden 1. Donnerstag des Monats, 19 Uhr, Fam. Wüthrich, Weidstrasse 15: EDU-Gebet. K: 032 365 42 53

12./26.9. Bülach: 20–21 Uhr, Gebetshaus Bülach, Winterthurerstrasse 23: Fürbitte-Gebet. Organisator: EDU Zürcher Unterland. K: 044 856 01 93

18.9. Herisau: 17 Uhr, Pflingstgemeinde, Rosenaustrasse 1: EDU-Gebet. K: 071 351 67 39

Christliche Anlässe

Seminar für biblische Theologie Beatenberg

4.9. 10 Uhr: Gottesdienst zum Start ins neue Studienjahr

18.–23.9. Seminarwoche für aktive Senioren 60+

30.9.–2.10. Regionaltagung Wort und Wissen

K: www.gaestehaus.ch, 033 841 80 00

Schweizerischer Bund Aktiver Protestanten

29.10. 10–12 Uhr, 14–16 Uhr, Hotel Kreuz, Zeughausgasse 41, Bern:

Reformationstagung 2022 «Das aktuelle Spektrum der Ersatztheologien.» mit Referent Prof. Dr. theol. Roger Liebi. Anmeldung erforderlich bis 20.10.2022 an CHBAP, Postfach, 3123 Belp; info@chbap.ch, 031 381 55 56

Kontaktperson

Nicole Salzmann
marktplatz@edu-schweiz.ch

Die EDU verfügt neu über ein Spendenkonto, welches mit Silber abgesichert ist. Inhaber eines Silbergranulat Kontos können Spenden direkt an die Vertragsnummer der EDU CH6947888 überweisen.

STANDPUNKT

Christlich-politische Monatszeitschrift

Marktplatz-Tarife

Verschenken	gratis
Verkaufen/Suchen	Fr. 20
Verkaufen/Suchen von Immobilien	Fr. 80
Vermieten	Fr. 50
Offene Stellen	Fr. 50
Stellensuche	Fr. 50
Partnersuche	Fr. 50
Verschiedenes	Fr. 50

Marktplatz-Inserate senden an:

EDU-Standpunkt
Redaktion «Marktplatz»
Postfach 43, 3602 Thun
oder per E-Mail:
marktplatz@edu-schweiz.ch

«EDU-Standpunkt»
Die Ausgabe 10/2022 wird am 26. September 2022 versandt.

Redaktionsschluss:
9. September 2022
Druck: 22. September 2022

Talon

ABONNEMENT PROBENUMMERN

Ich abonniere den «Standpunkt» für CHF 30.– (11 Nummern).

GESCHENKABO* für

Vorname und Name

Strasse und Nr.

PLZ und Wohnort

E-Mail

Datum

*RECHNUNG an:

Einsenden an: EDU-Standpunkt, Postfach 43, 3602 Thun

EDU+UDF

Eidgenössisch-Demokratische Union
Union Démocratique Fédérale
Unione Democratica Federale

Impressum

Herausgeber / Redaktion

EDU-Standpunkt
Postfach 43
3602 Thun

Administration und Adressmutationen

033 222 36 37 | mutationen@edu-schweiz.ch

Inserate und Beilagen

(ohne Marktplatz)
031 818 01 46 | inserate@edu-schweiz.ch

Marktplatz (Seite 18)

033 222 37 06 | marktplatz@edu-schweiz.ch

Redaktion

redaktion@edu-schweiz.ch

Thomas Lamprecht (Präsident der Redaktion), Anian
Liebrand (Redaktionsleitung), Nationalrat Andreas
Gafner, Karin Hirschi, Lisa Leisi

regelmässige Autorinnen und Autoren: Beat Reuteler,
Ruedi Ritschard, Eveline Rytz, Markus Wäfler

**Die Schreibenden geben ihre persönliche
Ansicht wieder.**

TESTAMENT / LEGATE

Möchten Sie über Ihr irdisches Leben hinaus Gutes
tun? Dann berücksichtigen Sie die EDU in Ihrem
Testament oder mit einem Legat. Jede Gabe stärkt
das Werte-orientierte Engagement der EDU. Weite-
re Auskünfte sind bei der Redaktion erhältlich.

Layout

Harold Salzmann

Druck und Spedition

Jordi AG, Belp

Fotos

Titelseite: www.marschfuerslaebe.ch
4, 12, 15 Mitte: Adobe Stock
6, 11, 17 oben: Shutterstock
7: www.massentierhaltungsinitiative-nein.ch
8: https://embassies.gov.il
13: www.verrechnungssteuer-ja.ch
15 unten: www.helimission.org
Kopfbilder, 2, 5, 14, 15, 17 unten : zvg

41. Jahrgang; erscheint monatlich
11 Ausgaben (Doppelnummer 7/8)
Auflage: 20400 Exemplare

Postcheck 30-23430-4
IBAN CH 35 0900 0000 3002 3430 4
www.edu-schweiz.ch

Jahresabonnement

nur Fr. 30.-/25€ für 11 Ausgaben (inkl. 2,5% MwSt.)

Geschenkabos und Probenummern – auch zum Verteilen!

info@edu-schweiz.ch
033 222 36 37



S-Deposito®

Biblisches Geld zum Schutz Ihres Vermögens

- Persönliches interaktives Online-Portal
- Physisch hinterlegt ● Sichere Verwahrung

Nehmen Sie jetzt mit uns Kontakt auf.

- 🌐 www.bb-wertmetall.ch
- ✉ contact@bb-wertmetall.ch
- ☎ 0041 62 892 48 48

Fachhändler für Naturbettwaren

Massivholzbetten in über 60 Designs

fanello-Lattenrost und Naturlatexmatratze

Schurwollduvets, Kissen und Betauflagen

Kommen Sie vorbei und lassen Sie sich beraten!



Spycher-Handwerk

Huttwil



www.kamele.ch

Schaukarderei

- Naturfaserkleider
- Jurtenübernachtung
- Betriebsführungen

062 962 11 52

**MENSCHENHANDEL IST GRAUSAM
SCHWEIGEN AUCH!**

**24. SEPT. 2022
BERN BUNDESPLATZ
15.00 UHR**

GROSSKUNDGEBUNG GEGEN MENSCHENHANDEL

www.gegen-menschenhandel.ch



Gratis-Video predigtserie
(via QR-Code oder Webseite)

**„Israel -
Gottes verheissenes
Wort erfüllt sich!“**

Sponsoring Kinder **GRATIS** nach Israel -
Infos: www.rea-israel.ch

 **Christliches Hilfswerk
rea ISRAEL**
Hauptstrasse 20
5013 Niedergösgen
Tel. 062 849 93 90
E-Mail: mail@reaisrael.ch




13. und 20. November 2022

Wir solidarisieren uns mit den Menschen, die wegen ihres Glaubens verfolgt werden.

MACHEN SIE MIT!



 **SONNTAG
DER VERFOLGTEN
KIRCHE**

www.verfolgung.ch

Schweizerische Evangelische Allianz 

**KEINE ILLUSION:
ethos bereichert**

IHR LEBEN!

JETZT KOSTENLOSES PROBEHEFT BESTELLEN!
Tel. 0041 (0)71 727 21 20 | abo@schwengeler.ch | www.ethos.ch